

China und die »Rückkehr« der USA nach Asien

Aus chinesischen Fachzeitschriften des ersten Halbjahrs 2012

Paul Joscha Kohlenberg

Die USA wollen den Schwerpunkt ihrer Außenpolitik in die Asien-Pazifik-Region verlagern. Wie die Obama-Regierung seit Herbst 2011 in einer Reihe von Stellungnahmen verkündet hat, wurde eine umfangreiche Aufwertung und Vertiefung der amerikanischen Asienpolitik beschlossen. Diese zielt darauf ab, die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung der schnell wachsenden Region im Sinne Washingtons zu prägen. Dabei wollen die USA entschiedener als Gegengewicht zu China auftreten. Chinesische Analysten interpretieren Amerikas »Rückkehr« nach Asien auf verschiedene Weise. Unterschiedlich fallen auch ihre Vorschläge aus, wie China auf die neue Herausforderung im Wettbewerb um Einfluss in Asien reagieren sollte. In einer Empfehlung aber stimmen sie überein: China solle sein eigenes Modell regionaler Integration in Asien verfolgen und dabei vermeiden, sich von den USA in eine passive bzw. reaktive Rolle drängen zu lassen.

Der Wandel der amerikanischen Beziehungen zu China und zu anderen Staaten Asiens – auch in Chinas Bevölkerung und Massenmedien ein populäres Thema – wurde während der letzten Monate in chinesischen Fachzeitschriften intensiv diskutiert. Anders als die oft sehr einseitig und emotional geführten Debatten in chinesischen Online-Foren und Mikroblogs bieten die jüngsten Fachveröffentlichungen ein breites Spektrum an differenzierten Meinungen. Im Folgenden soll zunächst vorgestellt werden, welche Motive die einzelnen Autoren hinter dem amerikanischen Politikwechsel sehen und wie sie die

substantiellen Neuerungen beurteilen, die damit verbunden sind. Anschließend sollen die Grundannahmen der chinesischen Analysten, besonders mit Blick auf die Weiterentwicklung des internationalen Systems, beleuchtet werden. Wie wird vor diesem Hintergrund die Zukunft der sino-amerikanischen Beziehungen eingeschätzt? Abschließend wird untersucht, welche Handlungsempfehlungen die Kommentatoren geben. Wie soll China – vor allem hinsichtlich der eigenen Regionalpolitik – auf die »Rückkehr« der USA reagieren?

Einschätzung der amerikanischen Strategie

Bislang gebe es wenig Anlass, die Neuordnung der amerikanischen Asienpolitik als grundlegenden Politikwechsel gegenüber China zu betrachten, meint **Zhu Feng**, Professor an der School of International Studies der renommierten Peking-Universität. Wegen der wirtschaftlichen Lage der USA und der ökonomischen Verflechtungen zwischen beiden Staaten sei ein »umfassender Schnitt« fast unmöglich, und eine solche Wende sei auch in Zukunft eher unwahrscheinlich. Zhu hält daher die Auffassung für »zu extrem«, dass hinter Obamas Asienpolitik offensichtlich der Versuch stehe, China militärisch in die Schranken zu weisen. Er lehnt aber auch die gegensätzliche Sichtweise ab, wonach Washingtons neue Asienpolitik »viel Fiktion«, aber nur »wenig Konkretes« enthalte. Vielmehr habe sich Amerikas Blickwinkel verschoben. Die Obama-Regierung analysiere die möglichen Bedrohungen durch China nicht mehr im Rahmen isolierter Konflikte wie jener um Taiwan oder Tibet, sondern beschäftige sich nun mit den chinesischen »Intentionen« und »Kapazitäten« im Allgemeinen. Aus Sicht der USA sei es zudem an der Zeit gewesen, den Zweifeln ihrer asiatischen Verbündeten entgegenzutreten, ob und inwieweit Washington nach dem Aufstieg Chinas weiterhin regionale Sicherheit gewährleisten würde. Zudem wolle sich Obama im Wahlkampf als dynamischer Außenpolitiker präsentieren.

Obwohl er bei den USA keinen fundamentalen Kurswechsel erkennt, hält es Zhu für möglich, dass sich die Spannungen in den sino-amerikanischen Beziehungen weiter zuspitzen werden. Dafür sieht er mehrere Anzeichen. Die USA forcierten nun die Ausdehnung der Trans-Pacific Partnership (TPP) als regionales Modell handelspolitischer Integration und brächten damit auch ihre Wirtschaftspolitik auf eine stärker sicherheitspolitisch ausgerichtete Linie. Ferner bemühe sich Washington, den Aufbau chinesischer Anti-Access/Area-Denial-

Kapazitäten (d.h. die Fähigkeit, fremde Schiffe vom Eindringen in bestimmte Seegebiete abzuhalten) in chinesischen Interessenzonen zu unterbinden. Politisch konzentrierten sich die USA gegenwärtig wieder auf den eigenen Führungsanspruch und beendeten einstweilen die von ihnen angestoßene G2-Initiative sowie das damit verbundene Konzept der »geteilten Verantwortung«.

Wu Xinbo, stellvertretender Direktor des Center for American Studies an der Fudan-Universität, geht davon aus, dass sowohl die USA als auch ihre regionalen Verbündeten die Marginalisierung des amerikanischen Einflusses im asiatisch-pazifischen Raum befürchteten. Schließlich waren Washingtons außenpolitische Prioritäten über längere Zeit auf den Nahen und Mittleren Osten gerichtet. Die Sorge um regionalen Einfluss sei ein zentrales Motiv für Obamas neue Asienpolitik. Zudem könnte der bereits von 2009 stammende Vorschlag des damaligen japanischen Premiers Yukio Hatoyama, eine »East Asian Community« aufzubauen – womöglich unter Ausschluss der USA –, in Washington als Warnsignal aufgefasst worden sein. Dafür spreche etwa, dass sich die USA seit 2010 wieder verstärkt in territoriale Streitfälle der Region einmischten.

Daneben versuche die amerikanische Führung, ihre Sicherheitspolitik auf eine breitere Basis zu stellen. Ein trilaterales Treffen von Regierungsvertretern Japans, Indiens und der USA im Dezember 2011 in Washington beschreibt Wu als charakteristisch für eine neue amerikanische Sicherheitsstrategie, bei der das alte Kooperationsmuster (USA + Verbündete) um eine weitere Staatengruppe ergänzt werde (USA + Verbündete + Partner). Washington bemühe sich dabei, die Beziehungen zwischen Verbündeten und Partnern untereinander zu stärken. Überdies erweitere sich der sicherheitspolitische Blickwinkel der USA auf die Region, und die militärischen Strukturen im Indischen und Pazifischen Ozean würden enger zusammengefügt. Dabei werde Indien von Washington animiert,

sich stärker an ostasiatischen Angelegenheiten zu beteiligen.

Obamas offizielle Strategie des »rebalancing« gegenüber China sei – verglichen mit der Haltung seiner Amtsvorgänger, die sich auch rhetorisch vor allem auf einen *potenziellen* Konflikt mit China konzentrierten – unverkennbar eine Politik des »Wie du mir, so ich dir«. Ziel sei, so Wu, die Zunahme chinesischen Einflusses auszugleichen und den chinesischen Handlungsspielraum einzugrenzen. Schon jetzt sei China mit den negativen Konsequenzen dieser neuen Politik konfrontiert. Die Einmischung der USA im Südchinesischen Meer sei »destruktiv« und veranlasse einige der ostasiatischen Staaten – zu denen man seit der Jahrtausendwende die Beziehungen deutlich verbessert habe –, nun wieder »härtere« Positionen gegenüber China einzunehmen. Abschließend aber sei festzustellen, dass sich Asien, vor allem wegen der immer engeren internen Handelsbeziehungen, »nach seiner eigenen Logik« weiterentwickeln werde. Die USA hätten nur begrenzt die Möglichkeit, sich in sicherheitspolitische Fragen in der Region einzubringen. Geographisch seien sie nicht direkt an den Konflikten im Südchinesischen Meer beteiligt, und solange China keine strategischen Fehler begehe, könnten die USA sprichwörtlich nur »nebenhertrommeln«.

Zheng Shan und **Liu Liqin**, die beide an der Militärakademie der Volksbefreiungsarmee (PLA) in Kunming unterrichten, halten die neue Asienpolitik Obamas sowohl für ein Wahlkampfmanöver als auch für eine »Notreaktion«. Diese ziele darauf ab, den Aufstieg einer asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern und die bestehende politisch-wirtschaftliche Weltordnung unter Ägide der USA zu bewahren. Dabei bewerten die beiden Autoren die außenpolitische Situation der USA insgesamt als prekär: Amerika befinde sich im »Zeitalter der Sorgen« und des Abstiegs.

Zheng und Liu halten die »Einkreisung« Chinas für ein ausdrückliches strategisches Ziel amerikanischer Politik. Allerdings schätzen sie die Rolle Indiens anders ein

als die bereits besprochenen Autoren. Das Land verstehe sich keineswegs als Adjutant der USA und werde in Washington auch mit Misstrauen betrachtet. China und Indien hätten sich außenpolitisch, etwa über die Zusammenarbeit im Kontext der BRICS-Staaten, in vielen Fragen angenähert und gemeinsame Standpunkte gefunden. Es sei allerdings wahrscheinlich, dass die USA versuchen würden, die chinesisch-indischen Beziehungen durch Einmischung in bilaterale Hoheitskonflikte oder in die Dalai-Lama-Nachfolge zu stören.

Die Flottenübungen, die 2012 von den USA gemeinsam mit einigen regionalen Staaten durchgeführt wurden, hätten nicht nur die amerikanische Kontrolle über die Straße von Malakka verstärkt, sondern seien auch ein Versuch Washingtons gewesen, in der Region klar abgegrenzte Lager zu schaffen. Die Autoren halten die amerikanische Vorgehensweise jedoch für unergiebig. In der globalisierten und zunehmend multipolaren Weltordnung werde es für Amerikas Bündnispartner immer abwegiger, ihre eigenen Interessen aus geopolitischen Gründen aufzugeben. Daher werde es für Washington »nicht einfach« sein, die Beziehungen zu seinen traditionellen Bündnispartnern zu konsolidieren.

Der Wandel des Staatensystems

Yang Jiemian, Präsident der renommierten Shanghai Institutes for International Studies (SIIS), analysiert den Kurswechsel der US-Asienpolitik im größeren Rahmen: Seine Bezugspunkte sind die relative Schwächung amerikanischer Macht und die Neuordnung des internationalen Systems. Von der innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation der USA zeichnet er ein düsteres Bild. Washington sei reformunfähig, und das kapitalistische Modell amerikanischer Prägung werde weltweit in Frage gestellt.

Yang glaubt, dass die USA außenpolitisch nunmehr primär darauf abzielen, ihre weltweite Führungsstellung zu verteidigen. Darin bestehe der eigentliche Zweck der

»Rückkehr« nach Asien – diese sei erst in zweiter Linie als Reaktion auf den Aufstieg Chinas zu werten. Wie auch in anderen Regionen der Welt würden die USA nun in Asien ihre Bündnispartner »auf die Bühne schieben« und dabei versuchen, auf kostengünstigere und geschicktere Art ein System zu etablieren, das ihre globale Führung sichert.

Generell sieht Yang auf Seiten der USA eine wiedererstarkende Mentalität des Kalten Krieges. Man müsse aber berücksichtigen, dass es für Washington angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen und der angespannten Finanzlage des Landes noch attraktiver erscheine, »ideologische Faktoren« zu betonen – wie etwa die »gemeinsamen Werte« mit ostasiatischen Bündnispartnern. Aus dem Integrationsprozess der EU, so Yang, hätten die USA gelernt, dass Sicherheitspolitik allein nicht ausreiche, um dauerhaft eine regionale Führungsrolle auszuüben. Zwischen amerikanischer Transpazifik- und Transatlantikkpolitik bestehe daher der Unterschied, dass die USA sich in Asien nicht aus dem wirtschaftlichen Integrationsprozess ausschließen wollten.

Die USA seien jedoch nicht Teil des Asien-Pazifik-Raums, sondern nur »ein Staat am Pazifischen Ozean«, der Asien zwar noch nie verlassen habe, nun aber den Terminus der »Rückkehr« benutze, um die neue Politik zu legitimieren. Obamas Konzept des »rebalancing« gegenüber China sowie die Tendenz, international die Ängste vor chinesischem Machtzuwachs zu bedienen, seien ein Vorwand, um die ostasiatischen Staaten auf die Seite der Vereinigten Staaten zu ziehen und den Aufstieg Chinas hinauszuzögern. Die USA versuchten das von China favorisierte regionale Integrationsmodell (mit der ASEAN-Gemeinschaft im Zentrum) durch ihr TPP-Handelsabkommen zu schwächen oder zu ersetzen. Nachdem die schlimmste Phase der Wirtschaftskrise vorüber sei, betonten die USA wieder ihren weltweiten Führungsanspruch und verhielten sich dabei in vielen Bereichen egoistisch und arrogant. Für die Staaten

Ostasiens stünden in den nächsten zehn Jahren aber die gemeinsame Entwicklung und die Konsolidierung bestehender politischer und wirtschaftlicher Institutionen im Vordergrund. Yang geht davon aus, dass sich Obamas neue Asienpolitik als kontraproduktiv erweisen werde. Der US-Präsident schätze die geschichtlichen Entwicklungen falsch ein und begehe den gleichen Fehler wie George W. Bush: Er versuche, in Zeiten des Abstiegs weiter zu expandieren.

Wang Honggang, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Amerika-Abteilung der China Institutes of Contemporary International Relations (CICIR) in Peking, die dem Ministerium für Staatssicherheit angegliedert sind, bettet Obamas Asienpolitik ebenfalls in einen weltweiten »großen Wandel« ein, der aus globalen Machtverschiebungen resultiere. Ein oberflächlicher Grund für die zunehmenden Reibungen zwischen China und den USA bestehe darin, dass das Machtgefälle zwischen beiden Staaten abnehme und sich ihre (von ihm nicht näher erläuterten) strategischen Schwerpunkte zunehmend ähnelten. Die tiefer liegende Ursache jedoch sei, dass Washington wie Peking wegen der vielen »Ungewissheiten« beim gegenwärtigen Wandel des internationalen Systems ein Gefühl der Unsicherheit verspürten. Dies lasse das Vertrauen in die Gegenseite, aber auch in die eigenen Fähigkeiten schwinden.

Die Zukunft der sino-amerikanischen Beziehungen

Trotz dieser Risiken ist Wang nicht gänzlich pessimistisch. Er stellt eine positive Seite des »großen Wandels« heraus: Die Beziehungen zwischen China und den USA wiesen auf drei Ebenen eine zunehmende »Formbarkeit« auf. Erstens träten beide Seiten nun in einen Wettbewerb um die beste Lösung ihrer jeweils *eigenen* nationalen Probleme und veränderten sich dadurch selbst. Die derzeitige »National Security Strategy« der USA postuliere etwa, dass effektive nationale Regierungsführung die

Grundlage für internationalen Einfluss bilde. Wang meint, dass auch China innenpolitisch aktiver werden bzw. sich reformieren müsse, um eine initiativreichere Außenpolitik betreiben zu können. Letzteres kann sicherlich auch als indirekte Kritik an innenpolitischen Zuständen verstanden werden.

Zweitens gebe es die Möglichkeit, »sich gegenseitig zu formen«. Bisher hätten die USA zwar effektiver als China auf den gesellschaftlichen Gegenpart Einfluss ausüben können, und dies werde sich in Zukunft weiter verstärken. Doch China habe begonnen, durch »Agenda Setting« das amerikanische Denken und Handeln zu beeinflussen. Auf lokaler Ebene führe beispielsweise der Austausch zwischen chinesischen und amerikanischen Regionen zu einer wachsenden Interessenkonvergenz. Über »2nd Track Diplomacy« ließen sich zudem die Einschätzungen von amerikanischen Strategieberatern beeinflussen, und chinesische Investitionen führten in bestimmten Wahlkreisen der USA zu einer neuen, positiveren Einstellung zu China. Letzteres wirke sich dann auch auf das dortige Wahlverhalten aus.

Drittens gebe es in Zeiten des »großen Wandels« noch die Möglichkeit, dass Peking und Washington das internationale System »gemeinsam formen«. Wang geht davon aus, dass beide Staaten bezüglich ihrer Präferenzen für Global Governance grundsätzlich kompatibel sind. Zwar sei es das erklärte Ziel der USA, China in das internationale System zu integrieren, doch dieser Prozess setze voraus, dass sich auch das internationale System selbst verändert. Es gebe dabei drei (nur ansatzweise erläuterte) »Governance«-Felder, in denen das internationale System gemeinsam »geformt« werden könne: im Asien-Pazifik-Raum, bei den globalen öffentlichen Gütern und bei der weltweiten Wirtschaftsregulierung. Besonders im Bereich der öffentlichen Güter (z.B. der Weltmeere) bestehe der wichtigste Kampfplatz im »Regelungswettstreit« zwischen China und den USA sowie im Wettbewerb um globalen Einfluss. Mit Blick

auf Asien gelte, dass China ebenso wie die USA von einer gemeinsamen Neustrukturierung profitieren könnten, denn Amerika sei »stark, aber Gast«, China hingegen »schwach, aber Gastgeber«. Über die genannten Kooperationsbereiche könnten die sino-amerikanischen Beziehungen von einer passiven zu einer aktiven Stabilität geführt werden.

Für weiterhin flexibel hält **Wang Hui**, Dozent an der University of International Relations in Peking, die Chinapolitik der USA. Das Verhalten Washingtons sei in besonderem Maße davon abhängig, wie die chinesische Regierung auf die »Rückkehr« der USA reagiere. Wang zufolge ist es elementar für Pekings Außenpolitik – und damit für den Frieden in der Welt –, welche Motive die chinesische Führung hinter Amerikas außenpolitischer Neuorientierung in Asien sieht. Er betont zugleich, aus der amerikanischen »Rückkehr« sei nicht direkt zu schließen, dass Washington darauf ziele, Chinas Aufstieg zu verhindern. Er spricht sich damit gegen Einschätzungen nach dem Muster eines Kalten Krieges aus.

Shen Minghui, Associate Professor am National Institute of International Strategy der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS), analysiert die Kosten und Nutzen des von Washington forcierten TPP-Handelsabkommens. Die USA sehen darin eine wirtschaftliche Komponente ihrer »Rückkehr« nach Asien. Wie Shen ausführt, hätte es sehr negative Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exporte in die USA, sollten weitere asiatische Länder dem plurilateralen TPP-Freihandelsabkommen beitreten. Dies gelte auch dann, wenn man einen Teil der chinesischen Produktion in asiatische TPP-Mitgliedsländer verlagere.

Wie soll China reagieren?

Kurzfristig, so empfiehlt Shen Minghui, sei die beste Gegenmaßnahme, die chinesische Binnennachfrage zu erhöhen und die

ohnehin zu große Abhängigkeit des Landes von der Exportwirtschaft zu reduzieren. Bezüglich der ökonomischen Integration Asiens solle China auf eine Freihandelszone ASEAN+3 (mit China, Japan, Südkorea) oder ASEAN+6 (zuzüglich Indien, Australien und Neuseeland) hinarbeiten. Japan komme in diesem Plan eine zentrale Bedeutung zu. Wenn sich Japan und China darauf einigen könnten, die ostasiatische Kooperation voranzutreiben, dann sei ein Abkommen, dem sich auch Südkorea und ASEAN anschließen, zu erreichen. Im Vergleich zum TPP sei es für Japan zudem wirtschaftlich sinnvoller, ein Freihandelsabkommen mit China und Südkorea abzuschließen. Daher vermutet Shen, dass Japan auch deswegen an TPP-Verhandlungen interessiert sei, um bei künftigen Freihandelsgesprächen mit China eine stärkere Verhandlungsposition zu besitzen. Generell sei das TPP darauf angelegt, den USA weiterhin zu ermöglichen, die internationalen Spielregeln der Wirtschaft zu prägen, und dies sei eine »ganz normale Reaktion« auf den Aufstieg Chinas. Genauso wie Peking seit vielen Jahren für eine multipolare Welt eintrete, versuchten die USA nun über TPP ein multipolares Asien herbeizuführen.

Weitere Reaktionsvorschläge chinesischer Analysten befassen sich mit der grundlegenden Ausrichtung der chinesischen Außenpolitik. So fordert der Präsident der Shanghai Institutes for International Studies, **Yang Jiemian** (siehe oben), dass China im Jahr 2012, parallel zum 18. Parteitag der Kommunistischen Partei, seine außenpolitische Strategie von einer Formulierungsphase in eine Implementierungsphase überleiten müsse. Notwendig dafür sei ein höheres Maß an strategischem Bewusstsein und an Kooperation mit den verschiedensten (nicht näher definierten) Gruppierungen der internationalen Gemeinschaft.

Zheng und **Liu** (siehe oben) halten die chinesische Sicherheitspolitik für nicht ausreichend respektabel und befürworten drei Reaktionen auf den Kurs der USA. Die chinesische Politik der »friedlichen Ent-

wicklung« sei zwar keineswegs ein »Übergangsmodell«, sondern langfristig angelegte Regierungspolitik. Doch auch dieses Konzept beinhalte eine sicherheitspolitische »Schmerzgrenze« (wörtlich: »Grundlinie«), die man – so der erste Vorschlag – öffentlich verdeutlichen solle: Solange andere Staaten nicht in chinesisches Territorium eindringen, Chinas Souveränität oder seine territoriale Integrität nicht verletzt und die »Kerninteressen« des Landes nicht beeinträchtigen, könne Peking mit jedem Staat friedlich kooperieren. Zheng und Liu monieren, dass die USA diese »Schmerzgrenze« bislang nicht für glaubwürdig hielten und daher keine Konflikte scheuten.

Zweitens sollten die Nachbarschaftsbeziehungen in der Region harmonischer gestaltet und die Auswirkungen der von den USA verursachten »Unordnung« begrenzt werden. Bis auf den Hinweis, dass schnelles chinesisches Wirtschaftswachstum für dieses Bestreben gute Bedingungen schaffe, liefern die Autoren dazu jedoch keine konkreten Handlungsempfehlungen.

Drittens sprechen sich die Autoren für vertrauensbildende Maßnahmen aus, nennen aber, mit der Ausnahme von Staatsbesuchen, keine konkreten Beispiele.

Nach Ansicht von **Lin Limin**, Mitarbeiter des CICIR und Herausgeber der Zeitschrift »Contemporary International Relations«, sollte China als Reaktion auf Amerikas Politik die Beziehungen zu anderen Staaten Asiens verbessern. China müsse in den kommenden fünf bis zehn Jahren selbständig und aktiv an der Gestaltung der Region mitwirken. Dabei solle man langfristig denken, Nullsummenlogik vermeiden und kooperativ mit den Staaten der Region geopolitische Unstimmigkeiten lösen. Lin stellt hierfür das Konzept eines »strategischen (Vertrauens-) Gürtels« aus asiatischen Staaten vor, das sich am Vorbild der Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika orientiert. China solle diesen Gürtel »gemäß dem Prinzip der friedlichen Kooperation« gestalten. Es gelte, die historischen Fehler der Sowjetunion zu vermeiden und

bestehendes Misstrauen im eigenen Einflussbereich abzubauen. Für diesen Ansatz sei es wichtig, dass sämtliche Themen – Fragen chinesischer Gebietshoheit eingeschlossen – besonnen diskutiert werden könnten. Zugleich sei der chinesischen Öffentlichkeit verständlich zu machen, warum eine gute außenpolitische Strategie auch Zugeständnisse verlange. Des Weiteren könne China in seiner Rolle als Regionalmacht verstärkt »öffentliche Güter« anbieten. Vorstellbar sei etwa, dass sich China – mit Zustimmung aller Parteien – als Mediator in die Konflikte zwischen Indien und Pakistan oder Thailand und Kambodscha einbringe und so einen Beitrag zu einer »harmonischen Asien-Pazifik-Region« leiste. Letzteres sei am besten durch ein breites Verständnis der Asien-Pazifik-Region zu erreichen, in dem auch den USA, Russland, Indien und Australien jeweils eine Rolle zgedacht werde. Bei einer regionalen Integration auf Grundlage einer TPP-Freihandelszone jedoch erhielten die USA eine Führungsrolle und damit die Möglichkeit, den gesamten Prozess zu torpedieren. Daher befürwortet auch Lin eine Integration, die institutionell von ASEAN+X ausgeht oder zumindest ASEAN+X als zentrale Säule beinhaltet.

Konkrete Vorschläge zur Gestaltung eines ASEAN+X-Integrationsprozesses sind bislang aber selten. **Xu Ningning**, Generalsekretär des China-ASEAN Business Council, fordert mehr sozialen Austausch zwischen China und ASEAN; er moniert, dass die chinesische ASEAN-Politik in der Vergangenheit sehr unkoordiniert gewesen sei. Vor allem mit Blick auf die Weiterentwicklung der Freihandelszone sei es wichtig, diese nicht als Projekt eines einzigen Ministeriums zu verstehen, sondern als gemeinsame Aufgabe, die zwischen allen zentralen und lokalen Regierungsorganen abzustimmen sei.

Zheng Xianwu, außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Nanjing, hält es für möglich, dass sich ASEAN und China im Bereich der Sicherheitspolitik annähern

werden. Erreichbar sei dies – im Sinne von »cooperative security« – durch mehr Konsultationen und wechselseitige Zusicherungen, durch größere Transparenz und verstärktes Vertrauen.

Fazit

Fast alle chinesischen Analysten sind sich darin einig, dass die Entscheidung der Obama-Regierung, nach Asien »zurückzukehren«, maßgeblich vom Aufstieg Chinas motiviert worden sei. Unterschiedliche Einschätzungen gibt es jedoch in der Frage, ob Washington dabei nur auf einen mit Chinas Machtzuwachs einhergehenden Wandel des internationalen Systems reagiert oder – darüber hinausgehend – die Grundlage für eine »härtere« Politik zum Nachteil Pekings legen will. Zugleich sind die meisten Analysten sicher, dass sich China von Amerikas »Rückkehr« nicht aus der Ruhe bringen lassen müsse. Die China-Politik der USA sei abhängig von wirtschaftlichen, innen- und weltpolitischen Faktoren, und daher seien weiterhin Veränderungen möglich. Außerdem schränkten sowohl die wirtschaftliche Verflechtung zwischen China und den USA als auch die nichtasiatische Identität der USA den Handlungsspielraum Washingtons in der Region ein. Es fällt auf, dass die meisten der vorgestellten Beiträge die amerikanische Asienpolitik nicht dezidiert sicherheitspolitisch analysieren, sondern wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen.

Alle besprochenen Autoren halten eine proaktivere Außen- und Bündnispolitik der chinesischen Regierung für notwendig – sowohl grundsätzlich als auch in Reaktion auf Amerikas »Rückkehr«. Denn es wird befürchtet, dass die USA auf Grundlage des TPP-Freihandelsabkommens die wirtschaftliche Integration der Asien-Pazifik-Region nach ihren Vorstellungen und Regeln prägen könnten. Dies läuft den Vorstellungen einiger Autoren zuwider, die China mit einer gewissen Selbstverständlichkeit für die regionale Führungsmacht halten.

Demgegenüber betrachten die meisten Analysten das Modell einer wirtschaftlichen Integration Asiens auf Basis von ASEAN (»ASEAN+X«) nicht nur als zwingend erforderliche Gegenmaßnahme, sondern auch grundsätzlich als bestes regionales Integrationsmodell. Zwar folgen einige Kommentatoren weiterhin dem gängigen Muster, Hoheitskonflikte mit (ASEAN-) Nachbarstaaten als wenig dringend und aufschiebbar darzustellen. Doch mehren sich die Einschätzungen, dass Vertrauensbildung und Kompromissbereitschaft den Nachbarstaaten gegenüber von erstrangiger Bedeutung seien, um Chinas Interessen und die langfristige Entwicklung der Region zu fördern. Dies könnte allerdings nicht nur Amerikas »Rückkehr« nach Asien, sondern auch der generelleren Erkenntnis geschuldet sein, dass Chinas schroffe Nachbarschaftspolitik der vergangenen Jahre korrigiert werden muss. Die entsprechenden Handlungsempfehlungen sind bislang jedoch wenig konkret. Es bleibt zudem schwer einzuschätzen, ob sich diese Stimmen innerhalb des politischen Diskurses in China, der vielfach von aufbrausenden Internetblogs und Regionalinteressen dominiert wird, Gehör verschaffen können.

Besprochene Aufsätze

Lin Limin, »Weilai 5-10 nian Yatai diyuan zhengzhe bianju yu Zhongguo« [China und die geopolitischen Veränderungen Asiens in den nächsten fünf bis zehn Jahren], in: *Xiandai Guoji Guanxi*, (2012) 4, S. 8-15

Shen Minghui, »Kua-Taipingyang huoban guanxi xieyi (TPP) de chengben shouyi fenxi: Zhongguo de shijiao« [Eine Kosten-Nutzen-Analyse des Trans-Pacific Partnership (TPP) aus chinesischer Perspektive], in: *Dangdai Yatai*, (2012) 1, S. 5-34

Wang Honggang, »Da bianhua xia« de Zhong-Mei guanxi yu Zhong-Mei zhanlüe boyi« [China und die USA zu Zeiten des »großen Wandels«: Beziehungen und strategisches Spiel], in: *Xiandai Guoji Guanxi*, (2012) 5, S. 9-14

Wang Hui, »Meiguo de »baquan jiaolü« yu zhanlüe dongyi« [Die US-Hegemonie-ängstlichkeit« und der Strategiewechsel nach Osten], in: *Xiandai Guoji Guanxi*, (2012) 6, S. 32-36

Wu Xinbo, »Aobama zhengfu de Yatai zhanlüe« [Obamas Strategie in der Asien-Pazifik-Region], in: *Guoji Wenti Yanjiu*, (2012) 2, S. 62-77

Xu Ningning, »Zhongguo yu Dongmeng Guanxi xianzhuang, qushi, duice« [Die Beziehungen von China und ASEAN: Derzeitige Situation, Trend und Gegenmaßnahmen], in: *Dongnanya Zongheng*, (2012) 3, S. 51-55

Yang Jiemian, »Meiguo shili bianhua he guoji tixi chongzu« [Der Wandel der amerikanischen Macht und die Restrukturierung des internationalen Systems], in: *Guoji Wenti Yanjiu*, (2012) 2, S. 51-61

Zheng Shan/Liu Liqin, »Meiguo Yatai zhanlüe yu Zhongguo zhoubian anquan geju« [Die amerikanische Asien-Pazifik-Strategie und die sicherheitspolitische Situation in Chinas Umgebung], in: *Heping yu Fazhan*, (2012) 2, S. 15-21

Zheng Xianwu, »Zhongguo - Dongmeng anquan hezuo de zonghehua« [Der Integrationsprozess der Sicherheitszusammenarbeit von China und ASEAN], in: *Xiandai Guoji Guanxi*, (2012) 3, S. 47-53

Zhu Feng, »Aobama zhengfu Yatai zhanlüe tiaozheng ji qi yingxiang« [Neuausrichtung und Auswirkung von Obamas Asien-Pazifik-Strategie], in: *Xiandai Guoji Guanxi*, (2012) 1, S. 8-10

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380